

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/015(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 02.09.2011	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM (16.00 Uhr – 16.15 Uhr)

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.07. 2011
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Reisedelegationen DS0304/11
BE: Oberbürgermeister
 - 4.1.1 Reisedelegationen DS0304/11/1
FDP-Fraktion
 - 4.1.2 Reisedelegationen DS0304/11/2
Oberbürgermeister
 - 4.2 Klageverfahren Eigenbetrieb "Theater Magdeburg" DS0343/11
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

5	Anträge	
5.1	Trägerwechsel des Frauenhauses prüfen FDP-Fraktion	A0067/11
5.1.1	Trägerwechsel des Frauenhauses BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0152/11
5.1.2	Trägerwechsel des Frauenhauses prüfen FDP-Fraktion	A0067/11/1
5.2	Verwendung des OTTO-Design durch alle Städtischen Betriebe und Einrichtungen FDP-Fraktion und Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0059/11
5.2.1	Verwendung des OTTO-Design durch alle Städtischen Betriebe und Einrichtungen BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung	S0125/11
5.3	Zwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland" FDP-Fraktion	A0053/11
5.3.1	Zwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland" BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung	S0131/11
5.4	Wissenschaftliche Aufarbeitung des ersten Magdeburger Bürgerentscheides FDP-Fraktion	A0068/11
5.4.1	Wissenschaftliche Aufarbeitung des ersten Magdeburger Bürgerentscheides BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0160/11
5.5	Sicherstellung der Finanzausstattung der Stadt Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0069/11
5.5.1	Sicherstellung der Finanzausstattung der Stadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0170/11
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Stadtrat Jens Hitzeroth

i.V.f. Stadtrat Stage

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Mirko Stage

Stadtrat Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

Hinweis: Der Tagesordnungspunkt 9.4. wird im nichtöffentlichen Teil als erster TOP behandelt. Die Reihenfolge der Protokollierung erfolgt entsprechend der Tagesordnung.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.07. 2011

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bei 4 Enthaltungen mit nachfolgender Änderung bestätigt:

Auf Seite 7, TOP 4.2 muss es im 2. Absatz richtig heißen:

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, merkt an, dass die Stadt Halle einen Mietspiegel hat. Er sieht für die Landeshauptstadt Magdeburg **ebenfalls einen Bedarf und bittet daher** um Zustimmung zum Antrag.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Reisedelegationen Vorlage: DS0304/11

Zur Drucksache liegt der im Ergebnis der Beratung der Drucksache im Beirat Städtepartnerschaften erstellte Änderungsantrag DS0304/11/2 des Oberbürgermeisters vor.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Änderungsantrages DS0304/11/1 seiner Fraktion.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält die mit dem Änderungsantrag beantragte Vorlage einer Übersicht zur Anwendung der Regelung für unproblematisch.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht seinen Dank für die vorliegende Drucksache aus und bezeichnet die vorgelegte Regelung als einen guten Vorschlag der Verwaltung.

Im Weiteren informiert er über das von Bürgern vorgebrachte Ansinnen, bei eigener Kostenübernahme an Reisedelegationen teilnehmen zu wollen.

Zu seinem Hinweis, den Punkt Teilnehmerkreis dahingehend zu ergänzen, dass engagierten Bürgern eine Teilnahme ermöglicht werden sollte macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass diese Regelung bereits im dritten Absatz der Regelung enthalten ist.

Stadtrat Wähnelt legt seine Auffassung dar, vielleicht einen Passus hinsichtlich der eigenen Kostenübernahme mit aufzunehmen.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass es für ihn eine Selbstverständlichkeit sei, dass die Kosten von den Bürgern selbst getragen werden und dies auch so in der Vergangenheit praktiziert wurde.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt Bezug nehmend auf Abschnitt II a des Entscheidungsverfahren die Möglichkeit einer Regelung, seitens des Stadtrates selbst über die Wichtigkeit einer Reise und die Delegation von Teilnehmern zu entscheiden.

Hierzu verweist Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, auf die im Abschnitt II b enthaltene Formulierung zur Entscheidung der Fraktionen zur Durchführung von Reisen nach eigenem Ermessen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Theile hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis des Stadtrates führt der Oberbürgermeister aus, dass er dies so aus Abschnitt II b heraus lese und legt seine Auffassung dar, dass diese Entscheidung des Stadtrates möglich sein muss.

Bezug nehmend auf den Vorschlag des Stadtrates Wähnelt bringt Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, seine Bedenken zum Ausdruck, wenn Bürgern ungeprüft eine Teilnahme an Reisedelegationen ermöglicht wird.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterstützt die Auffassung des Stadtrates Dr. Kutschmann mit dem Hinweis, dass somit beispielsweise auch Vertreter der NPD an einer solchen Delegation teilnehmen könnten. Er spricht sich dafür aus, dass über die Teilnahme von Bürgern der Stadtrat entscheiden sollte.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstreicht die Auffassung der Stadträte Dr. Kutschmann und Stern und unterstützt den Vorschlag, dass der Stadtrat über die Gesamtdelegation beschließt.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, erinnert an die Aussage zu Beginn der Diskussion über Reisedelegationen, dass der Verwaltungsausschuss die entsprechende Entscheidungsbefugnis hat. Im Fall der Notwendigkeit einer kurzfristigen Reisebestätigung sollte nach seiner Auffassung geregelt sein, dass der Verwaltungsausschuss auch abschließend über die Reisebestätigung entscheidet und in Ausnahmefällen der Stadtrat.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass klar geregelt sein muss, wann welches Gremium entscheidet. Er spricht sich dafür aus, dass die Entscheidungsbefugnis in der Regel dem Verwaltungsausschuss obliegt und auf begründeten Antrag der Stadtrat entscheidet.

Mit dem Hinweis darauf, dass der Stadtrat oberstes Gremium ist, spricht sich Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, gegen diesen Vorschlag aus.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist auf die Anwesenheit von Bürgern und Pressevertretern bei Stadtratssitzungen und darauf, dass Stadtratsentscheidungen zu Delegationsteilnehmern von großer Öffentlichkeitswirkung sind.

Auf Vorschlag des Stadtrates Stern lässt der Oberbürgermeister darüber abstimmen, welches Gremium letztendlich die Entscheidungsbefugnis übertragen bekommt:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen mit 8 Ja-Stimmen mehrheitlich dafür, dass die Beschlussfassung über die Reisedelegationen im Stadtrat erfolgt.

Zum Vorschlag des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, im Abschnitt II b nach dem Wort „Reisen“ die Formulierung „zur Pflege von städtepartnerschaftlichen Beziehungen“ zu ergänzen, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dies doch das Anliegen der vorliegenden Drucksache sei. Als eine Möglichkeit sieht er aber, als Ergänzung „Reisen in Partnerstädte“ aufzunehmen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, sieht keine Notwendigkeit einer Änderung in diesem Abschnitt.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis/Die Grünen, legt seine Überlegung dar, im Abschnitt II b die Formulierung Stadträte und Stadträtinnen zu streichen und nur Vertreter/innen beizubehalten.

Klarstellend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass Vertreter/innen mit Stadträten und Stadträtinnen gleichzusetzen ist und somit der Abschnitt mit der Formulierung „Fraktionen des Stadtrates...“ beginnen sollte.

Auf Hinweis des Stadtrates Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, die in der Diskussion gegebenen Änderungshinweise in die Regelungen einzuarbeiten nimmt der Oberbürgermeister nachfolgende Zusammenfassung aller vorliegenden Änderungen vor:

1. Änderung gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0304/11/1 der FDP-Fraktion
2. Änderung gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0304/11/2 des Oberbürgermeisters
3. Änderung: Streichung unter Punkt II b des ersten Halbsatzes „Stadträte und Stadträtinnen bzw. Vertreter/innen der...“
4. Änderung: Ergänzung im Abschnitt Teilnehmerkreis als letzten Satz:
„Über Reisedelegationen entscheidet der Stadtrat abschließend“

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen den genannten Änderungen einstimmig zu.

Hinweis: Die unter 3. und 4. benannten Änderungen werden als Änderungsantrag DS0304/11/3 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0304/11 unter Beachtung der vorliegenden Änderungsanträge in seiner Sitzung am 13. 10. 2011 zu beschließen.

4.2. Klageverfahren Eigenbetrieb "Theater Magdeburg"
Vorlage: DS0343/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin der Abteilung Kommunalrecht im Amt 30 Frau Kuhle teil.

Zum Hintergrund der Drucksache verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf den vorgelegten nicht ausgeglichenen Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes und die gleichzeitig eingebrachten Konsolidierungsvorschläge. Diese Vorschläge wurden jedoch seitens des Landesverwaltungsamtes abgelehnt, so dass jetzt der Klageweg eingeschlagen werden soll.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert über die umfassende Diskussion im Theaterausschuss zur Problematik und unterstützt den Vorschlag des Klageverfahrens. Er äußert im Weiteren seine Kritik am Schreiben des Landesverwaltungsamtes.

Zum Hinweis des Oberbürgermeisters, dass ein Haushaltsausgleich erfolgen muss, legt Stadtrat Müller seine Auffassung dar, dass bereits entsprechende Konsolidierungsvorschläge vorgelegt wurden aber weitere Forderungen nicht mehr vertretbar sind.

Bezug nehmend auf die vorläufige Haushaltsführung hinterfragt Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, ob seitens des Theaters jetzt nur Maßnahmen durchgeführt werden können, die genehmigungsfähig sind.

Klarstellend legt Frau Kuhle dar, dass mit der vorläufigen Haushaltsführung nur Aufgaben erledigt werden dürfen, die notwendig und unabweisbar sind. Alle darüber hinaus gehende Aufgaben sind nicht statthaft. Somit gestaltet sich auch die Vorbereitung der nächsten Spielsaison schwierig.

Ergänzend legt der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann dar, dass jedoch auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung kein wirtschaftlicher Schaden entstehen darf. Wenn z.B. bestimmte Maßnahmen geplant sind, die zu zusätzlichen Einnahmen führen können, dann sind diese statthaft. Er verweist darauf, dass die Angelegenheit nicht genau definiert sei.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, hinterfragt, wie hoch die Verwaltung das Prozessrisiko einschätzt.

In Beantwortung der Nachfrage führt Frau Kuhle aus, dass der Prozess ein Signal in den politischen Raum geben wird. Sie schätzt das Prozessrisiko als sehr hoch ein. Da hierbei zwei Behörden gegeneinander stehen und bei Kommunalstreitigkeiten kein Anwaltszwang besteht, sei jedoch nicht mit hohen Prozesskosten zu rechnen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0343/11 in seiner Sitzung am 22. 09. 2011 zu beschließen.

5. Anträge

5.1. Trägerwechsel des Frauenhauses prüfen Vorlage: A0067/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die vorgelegte Stellungnahme und führt aus, dass diese dem Anliegen des Antrages seiner Fraktion entspricht. Dies sei auch Grund für den vorgelegten Änderungsantrag A0067/11/1 seiner Fraktion.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung verweist der Beigeordnete Herr Brüning darauf, dass bisher noch keine Prüfung seitens der Verwaltung erfolgte, unter welchen Konditionen ein Trägerwechsel möglich wäre. Geprüft wurde aber die materielle Situation und der Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung. Insbesondere verweist er auf die Zuständigkeit des Landes zur Übertragung der Trägerschaft. Hinsichtlich einer Beschlussfassung zum Antrag A0067/11 sagt er die entsprechende Prüfung zu. Für den Fall der Beschlussfassung des Stadtrates entsprechend vorliegendem Änderungsantrag würde die Verwaltung einen Trägerwechsel ohne Prüfung vorbereiten. Einschränkend legt er dar, dass für die Suche eines infrage kommenden Trägers seitens der Stadt auch ein entsprechendes Objekt vorgehalten werden muss.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0067/11/1 seiner Fraktion. Insbesondere nimmt er dabei Bezug auf die in der Stellungnahme der Verwaltung gemachte Aussage, dass für eine kommunale Betreuung des Frauenhauses seitens des Landes ein Zuschuss in Höhe von 104 T€ gewährt wird und die städtische Belastung bei 124 T€ liegt. Ebenso verweist er darauf, dass auch in anderen Städten, wie z.B., Potsdam oder Hannover, die Betreuung durch freie Träger erfolgt. Für die Betreuung gibt es verbindliche Standards, die eingehalten werden müssen und somit mit hohen finanziellen Aufwendungen für die Stadt verbunden wären.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht darauf aufmerksam, dass ein freier Träger, der sich für die Betreuung bewirbt, nicht gleich auch die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung hat. Für ihn stellt sich die Frage, ob für die Stadt die Verpflichtung für eine Beteiligung besteht, denn alle freiwilligen Aufgaben müsste er auf Grund der bestehenden Haushaltssituation ablehnen.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, informiert über die Diskussion der Thematik in seiner Fraktion und die hier unter Abwägung aller Wertungen gebildete Auffassung, dass die Verantwortung bei der Stadt gesehen wird, sich für den betroffenen Personenkreis stark zu machen. Er spricht sich für eine Beibehaltung der städtischen Trägerschaft aus.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, begründet seine Auffassung hinsichtlich der Schwierigkeiten einer Beschlussfassung. Er unterbreitet den Vorschlag, den Änderungsantrag im Punkt 1 dahingehend zu präzisieren, dass der Oberbürgermeister gebeten wird zu prüfen, ob ein Trägerwechsel vorbereitet werden kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt seine Auffassung dar, dass nach Auslaufen des aktuellen Förderzeitraumes seitens der Stadt kein erneuter Antrag mehr gestellt werden sollte. Insbesondere muss zunächst geprüft werden, ob die Stadt verpflichtet ist, sich finanziell bei der Betreuung des Frauenhauses zu beteiligen und ob die Pflicht besteht, das Frauenhaus vom Land zu übernehmen. Diese rechtliche Prüfung muss bis zur Beschlussfassung des Stadtrates erfolgen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, verweist darauf, dass nur ein Beschluss des Stadtrates zur Beteiligung vorliegt.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, sieht die rechtliche Klärung als Grundsatzfrage an und hält diese für richtig.

Er bittet jedoch darum, nicht zu vergessen, welcher besondere Personenkreis betroffen ist. Wenn schon über finanzielle Mittel gesprochen wird, sieht er die Stadt in der Pflicht, dass diesem Personenkreis geholfen wird. Er legt seine Auffassung dar, dass hierfür auch die erforderlichen finanziellen Mittel freigesetzt werden können. Insbesondere verweist er auf die seitens des Beigeordneten Herrn Brüning dargelegten Risiken durch einen Trägerwechsel.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht es für eine Entscheidung als wichtig an, dass die beiden Fachausschüsse Gesundheit- und Sozialausschuss und Familie und Gleichstellung sowohl Antrag als auch Änderungsantrag nicht zur Beschlussfassung empfohlen haben. Er spricht sich ebenfalls für eine Ablehnung des Änderungsantrages aus und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, informiert über die Diskussion im Ausschuss GeSo und die hier getroffene Aussage, dass die Betreuung des Frauenhauses zwar eine zusätzliche Aufgabe, diese aber von großer Bedeutung sei. Er spricht sich ebenfalls für eine Ablehnung des Antrages aus.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster verweist nochmals auf die vom Land vorgegebenen Standards und dass diese sowohl durch den kommunalen Träger als auch einen freien Träger einzuhalten sind. Er legt dar, dass natürlich eine Investition in Höhe von 500 T€ gut überlegt sein muss. Es müsse auch geklärt werden, ob eine Kofinanzierung erfolgen muss. Stadtrat Schuster erklärt seine Bereitschaft zur Zurückziehung des Änderungsantrages seiner Fraktion. Zunächst sollte die Prüfung durch die Verwaltung erfolgen und dargelegt werden, welche Maßnahmen mit welchem Aufwand erforderlich sind.

Der Oberbürgermeister bekräftigt nochmals die Grundfrage, ob für die Stadt die Verpflichtung zur Beteiligung besteht und ob es eine Möglichkeit gibt, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Auf der Grundlage dieses Prüfungsergebnisses könne eine Beschlussfassung des Stadtrates erfolgen.

Der Beigeordnete Herr Brüning nimmt Bezug auf die Ausführungen des Stadtrates Schuster und legt dar, dass mit der Problematik Trägerwechsel finanzielle Mittel in Höhe von 640 T€ pro Jahr eingespart werden sollen. Ein entsprechendes Gebäude muss nicht mehr angemietet werden, d.h. dass das Frauenhaus an einer anderen Stelle verortet wird.

Er verweist darauf, dass eine Unterbringung im Frauenhaus für die Betroffenen nicht gänzlich kostenfrei ist. Nur bei Hilfebedürftigkeit komme ein Träger dafür auf. Insbesondere legt er dar, dass Kosten vorgehalten werden z.B. für den Schutz der Frauen, für Gebäude und Personal. Er versichert, dass seitens der Stadt alles dafür getan wird, um den erforderlichen Schutz zu gewährleisten.

Hinweis: Der stellv. Vorsitzende Stadtrat Schwenke übernimmt um 16.00 Uhr die Sitzungsleitung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert über die umfassende Beratung des Ausschusses für Familie und Gleichstellung zur Thematik und dass auch hier Antrag und Änderungsantrag einstimmig nicht zur Beschlussfassung empfohlen wurden. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung verweist er darauf, dass diese verdeutliche, dass mit einer Beschlussfassung des Antrages ein Stück Qualität verloren geht. Diese Qualitätseinbuße erfolgt vor allem bei fachlich qualifiziertem Personal, da bei einem Trägerwechsel die Stadt hier keinen Einfluss mehr

hat. Insbesondere verweist er auf die Aussage der Verwaltung, dass ein Trägerwechsel nicht mit der Übertragung der Kinderbetreuung an Freie Träger zu vergleichen ist.

In der weiteren Diskussion wird die Frage des Zeitpunktes zur Vorlage des Prüfergebnisses gemäß Prüfauftrag des Antrag A0067/11 erörtert.

Im Ergebnis der Diskussion wird Übereinstimmung erzielt, das Prüfergebnis bis Ende des Jahres 2011 dem Stadtrat vorzulegen. Der 2. Satz des Beschlussvorschlages ist entsprechend zu ändern.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, den Antrag A0067/11 der FDP-Fraktion unter Beachtung der textlichen Änderung in seiner Sitzung am 22. 09. 2011 zu beschließen.

Hinweis: Die textliche Änderung wird als Änderungsantrag A0067/11/2 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.1.1. Trägerwechsel des Frauenhauses Vorlage: S0152/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Verwendung des OTTO-Design durch alle Städtischen Betriebe und Einrichtungen Vorlage: A0059/11

Hinweis: Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter Team 1 – Akquise – im Dezernat III Herr Böttcher teil.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, ob das Design von Jedem genutzt werden kann, informiert Herr Böttcher, dass für die Nutzung bestimmte Auflagen erteilt werden und macht erläuternde Ausführungen zu diesen Auflagen.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass die Nutzung im Dezernat III angemeldet werden muss. Damit soll klargestellt werden, dass das Design nicht für politische Streitthemen genutzt werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0059/11 in seiner Sitzung am 22. 09. 2011 zu beschließen.

5.2.1. Verwendung des OTTO-Design durch alle Städtischen Betriebe
und Einrichtungen
Vorlage: S0125/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Zwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative
Mitteldeutschland"
Vorlage: A0053/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter Team 1 – Akquise – im Dezernat III Herr Böttcher teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Stellungnahme der Verwaltung und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0053/11 der FDP-Fraktion in seiner Sitzung am 22. 09. 2011 zu beschließen.

5.3.1. Zwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative
Mitteldeutschland"
Vorlage: S0131/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Wissenschaftliche Aufarbeitung des ersten Magdeburger
Bürgerentscheides
Vorlage: A0068/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 12 Herr Dr. Hoppe teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, bringt seine Verwunderung hinsichtlich des Beratungsergebnisses des Ausschusses KRB zum Ausdruck, welcher den Antrag nicht zur Beschlussfassung empfiehlt. In seinen erläuternden Ausführungen legt er dar, dass es lediglich Anliegen des Antrages sei, eine Aufarbeitung der zur Ulrichskirche stattgefundenen Volksabstimmung vornehmen zu lassen und dabei vorstellbar sei, dass dies im Rahmen einer Studienarbeit erfolgt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Aussage der Verwaltung, hierfür keine Beauftragung der Universität bzw. der Fachhochschule vornehmen zu können, da dies wissenschaftlich eine freie Entscheidung darstellt.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, informiert über Bedenken seiner Fraktion, hinsichtlich der Aussage im letzten Satz der Begründung. Hier stellt sich die Frage, wie eine Aufarbeitung erfolgen soll, wenn der Verhandlungsgegenstand zweitrangig ist. Hiermit sei kein Ergebnis

vorstellbar. Er legt die Auffassung seiner Fraktion dar, die Zielstellung des Antrages mittragen zu können, in der Begründung sollte jedoch der letzte Satz gestrichen werden.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, unterstützt die Aussage des Oberbürgermeisters hinsichtlich der fehlenden Möglichkeit für eine Beauftragung von Universität und Fachhochschule. Eine Umsetzung des Antrages ist für ihn nicht möglich, wenn sich niemand der Thematik annimmt.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, macht auf die Problematik aufmerksam, dass die Aufarbeitung im Rahmen der Kooperationsbeziehungen erfolgen soll. In dem Moment, wo die Forderung in Vertragsbeziehungen eingreift, muss er das ablehnen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet das Anliegen des Antrages als eine hervorragende Idee, zumal das Ergebnis sich spannend gestalten kann. Er hält den Aufwand für den Oberbürgermeister hierzu für überschaubar und erklärt seine Unterstützung des Antrages.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet das Anliegen des Antrages als lobenswert, legt aber seine Auffassung dar, dass die Autorität von Forschung und Lehre bleiben muss. Bezug nehmend auf die gegebene mündliche Begründung zum Antrag führt er aus, dass diese so aus dem vorliegenden Antragstext nicht hervorgeht und unterbreitet den Vorschlag, einen entsprechenden Änderungsantrag einzubringen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper schlägt vor, ein entsprechendes Schreiben an die Otto-von-Guericke-Universität zu senden und eine Kopie des Schreibens an alle Fraktionen zu geben. Damit könne der Antrag von der einbringenden Fraktion zurückgezogen werden.

Im Ergebnis der geführten Diskussion und eingehend auf den unterbreiteten Vorschlag des Oberbürgermeisters wird der Antrag A0068/11 von Stadtrat Schuster **zurückgezogen**.

5.4.1. Wissenschaftliche Aufarbeitung des ersten Magdeburger Bürgerentscheides Vorlage: S0160/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Sicherstellung der Finanzausstattung der Stadt Magdeburg Vorlage: A0069/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung unterbreitet Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag für eine Konkretisierung im Beschlusstext des Antrages. Es soll in der ersten Zeile nach „Der Oberbürgermeister wird beauftragt ...“ eingefügt werden „...
umgehend nach erfolgter Änderung des FAG...“

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0069/11 unter Beachtung der vorliegenden Änderung in seiner Sitzung am 22. 09. 2011 zu beschließen.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag A0069/11/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

In diesem Zusammenhang bittet der Oberbürgermeister um eine Terminabsprache in der kommenden Woche. Zielstellung des Gespräches soll sein, mit den Vorsitzenden der Fraktionen und dem Beigeordneten für Finanzen und Vermögen die weiteren strategischen Schritte für die nächsten Wochen zu beraten.

5.5.1. Sicherstellung der Finanzausstattung der Stadt Magdeburg
Vorlage: S0170/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführer/in